



Palmöl mit gutem Gewissen?

Fünfte "Brussels Happy Development Hour" am 17. Mai 2016 in der Landesvertretung NRW

Das Thema Palmöl stand im Mittelpunkt der 5. "Brussels Happy Development Hour" am 17. Mai 2016 in der Landesvertretung NRW. Als „special guests“ nahmen Nicholas Hanley, geschäftsführender Direktor der Abteilung E (Globale und Regionale Herausforderungen) der DG Umwelt der Europäischen Kommission und Cécile Schneider, Senior Expert von Conservation International an der Veranstaltung teil, die von der Journalistin Monika Hoegen moderiert wurde.

Mit einer Jahresproduktion von rund 60 Millionen Tonnen und einem weltweiten Marktanteil von rund 30 Prozent ist Palmöl vor Sojaöl das meist produzierte Pflanzenöl der Welt. Seit dem Jahr 2000 haben sich Produktionsmenge und Anbaufläche mehr als verdoppelt. Weltmarktführer sind Indonesien und Malaysia mit zusammen rund 90% der globalen Produktion.

Hauptabnehmer für Palmöl sind Indien, China und Pakistan sowie die Europäische Union. Rund 65% des weltweit produzierten Palm- und Palmkernöls werden in der Nahrungsmittelindustrie eingesetzt, u.a. für Margarine, Salatöl, Kochöl und Schokocremes. Weitere 25% finden Verwendung für industrielle Zwecke (z. B. Reinigungsmittel, Kosmetik, Kerzen) und knapp 10% als Treibstoff.

Im Vergleich zu Raps bringen Ölpalmen einen 2-3-fachen Ertrag, gegenüber Soja sogar einen 6-fachen Ertrag pro Hektar Anbaufläche.

Cécile Schneider erklärte zu Beginn der Debatte, ihre Organisation sei sich der ökologischen Schäden, die von der Palmölproduktion insbesondere in Indonesien ausgehe, durchaus bewusst. Trotzdem sei eine apodiktische „No Palmoil“-Strategie nicht der richtige Weg, da damit nur eine Verlagerung der Probleme in möglicherweise noch umweltschädlichere Ölpflanzen erfolge. Außerdem würde einem wichtigen Wirtschaftszweig in Südostasien, darunter vielen Kleinbauern, die Existenzgrundlage entzogen. Conservation International verfolge stattdessen die Strategie einer Zertifizierung

für Palmöl. Schneider sprach sich für das „Round Table on Sustainable Palmöl – RSPO“-Zertifikat aus, eines von 4 Zertifikaten, die vom Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP) anerkannt werden. FONAP sieht Zertifizierungssysteme, trotz aller Kritik, als ersten Schritt hin zu nachhaltigem Palmöl. Neben RSPO, dem derzeit am meisten genutzten Zertifizierungssystem, werden auch ISCC PLUS, Rainforest Alliance und RSB vom Forum Nachhaltiges Palmöl akzeptiert.

Die deutsche Umweltorganisation "Rettet den Regenwald" kooperiert mit der Rainforest Alliance und steht dem RSPO-Zertifikat kritisch gegenüber, da es die Regenwald-Vernichtung nicht verhindere.

Der 2004 gegründete RSPO ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Zürich, der Interessengruppen aus verschiedenen Sektoren des Palmöl-Business zusammenführt: Palmölproduzenten; Palmöl verarbeitende Industrie; Hersteller und Händler von Konsumgütern; Banken und Investoren sowie Nichtregierungsorganisationen mit ökologischem und sozialem Hintergrund.

Als RSPO-Mitglieder müssen Palmölproduzenten eine Reihe von Kriterien erfüllen. Dazu zählen ein Bekenntnis zu Transparenz, die rechtmäßige Nutzung von Anbauflächen, die Anwendung angemessener Methoden zur Wahrung der Bodenfruchtbarkeit und zur Erosionsvermeidung, die Wahrung natürlicher Ressourcen und der Biodiversität und soziale Standards im Umgang mit Beschäftigten und extern betroffenen Individuen und Kommunen. Der Einsatz von Agrochemikalien ist im RSPO-Schema nicht verboten, soll aber optimiert und damit auch reduziert werden.

Nach Auffassung Schneiders sei ein Zertifikat wichtig, dies könne sich aber ohne die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen nicht auf dem Weltmarkt durchsetzen. Deshalb müsse die EU für die Einfuhr von Palmöl zwingend ein Zertifikat vorschreiben. Entsprechende Anforderungen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



sollten für sämtliche Palmölimporte in die EU gelten.

Nicholas Hanley, amtierender Direktor der Abteilung für Globale und Regionale Herausforderungen bei der Generaldirektion Umwelt äußerte sich im Hinblick auf ein die geforderten Einfuhrbeschränkungen zurückhaltend. Zwar sei die Holzeinfuhr zur Vermeidung von Importen aus illegalem Holzeinschlag in die EU seit 2013 durch die EU-Holzverordnung detailliert geregelt, aber für Importe anderer potentiell umweltschädlicher Erzeugnisse gebe es keine vergleichbaren Regelungen. Er warf die Frage auf, warum gerade für Palmöl eine solche EU-Regelung geschaffen werden sollte, nicht aber für Soja, Kakao oder andere landwirtschaftliche Produkte. Die Möglichkeiten freiwilliger Regelungen über Zertifikate, Siegel, Corporate Social Responsibility der Unternehmen und bewusste Konsumentenentscheidungen seien beim Palmöl längst nicht ausgeschöpft. Sollte die Kommission wirklich eine verbindliche EU-weite Regelung vorschlagen, was er nicht kategorisch ausschließen wolle, so müsse diese rechtssicher, praktikabel und fachlich hieb- und stichfest sein. Selbst wenn im EU-Parlament dafür eine Mehrheit zu gewinnen sei, müsse im Rat, der einer solchen Regelung ja zwingend zustimmen müsse, mit einer fehlenden Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten, gerechnet werden.

Der Wirtschaftsattaché der malaysischen Botschaft, Frau Dr. **Kalanithi Nesaretnam**, betonte, dass Palmöl für den Landwirtschaftssektor ihres Landes von großer Bedeutung sei. Malaysia habe seit 2004 auf dem Weg zu einer nachhaltigen Produktion große Fortschritte gemacht. Man habe – anders als in Indonesien – den weiteren Zuwachs an Anbaufläche für Ölpalmen gestoppt; man setze vielmehr auf Ertragssteigerungen und nachhaltige Bewirtschaftung. Aufgrund von Züchtungserfolgen könne der Ertrag mittelfristig von derzeit 4 auf 8 Tonnen pro Hektar und Jahr gesteigert werden. Nesaretnam warnte vor einer Verteufelung des Palmöls; schon jetzt seien zunehmend Produkte mit dem Label „No palmoil“ auf dem Markt. Uninformierte Verbraucher*innen in Europa würden Palmöl-Produkte gänzlich meiden, ohne zu bedenken, dass die

Ersatzstoffe für Palmöl oft noch viel umweltschädlicher seien.

Cécile Schneider mahnte in der Diskussion erneut eine Führerschaft der EU in der Frage der Zertifizierung an. Dadurch könne eine globale Trendwende zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung von Palmöl eingeleitet werden. Denn sobald ein Verarbeiter ein zertifiziertes Produkt für den europäischen Markt handhaben müsse, lohne es sich für ihn nicht mehr, daneben eine zweite Linie mit sämtlichen Aggregaten (Transportbehälter, Mühlen, Tanks) für nicht zertifiziertes Palmöl vorzuhalten und er würde die gesamte Produktion umstellen.

Direktor Hanley warnte demgegenüber davor, die Machtmacht der EU zu überschätzen. Da die EU nur knapp 9% der Weltproduktion verbräuche, seien Anforderungen der EU an eine Zertifizierung global wenig erfolgversprechend, da die Hauptmärkte Indien und China überhaupt kein Problem damit hätten, auch nicht zertifiziertes Palmöl abzunehmen. Bevor eine generelle Zertifizierungspflicht für europäische Palmölimporten eingeführt werden könne, müsste die Kommission im Rahmen ihres Refit-Programms zunächst eine Impact-Analyse durchführen und dabei auch potentielle Benachteiligungen für kleine Hersteller und Verarbeiter prüfen.

Die weitere, immer wieder kontroverse Diskussion unter der regen Beteiligung des Publikums drehte sich um den Import von Palmöl zur Herstellung von Treibstoff für Kraftfahrzeuge für den europäischen Markt; um die Auswirkung einer Zertifizierungspflicht auf Kleinbauern; um die extremen Klima- und Umweltauswirkungen durch Brandrodungen in Indonesien; um die von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat unterschiedlichen Rezepturen für marktdominierende Schokocremes, die je nach Konsumentenbefindlichkeit mit oder ohne Palmöl hergestellt worden und um den neuen Trend, den Palmölanbau auf Südamerika und West- und Zentralafrika auszuweiten.

Fazit der Diskussion: Palmöl hat im globalen Maßstab eine oft unterschätzte wirtschaftliche, ökologische und klimapolitische Bedeutung; mit einer verbindlichen Zertifizierung könnte die Palmölproduktion umwelt- und sozialverträglicher zumachen. Aber um von

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



einer nachhaltigen Palmölproduktion und einem guten Gewissen zu sprechen, sind noch viele Anstrengungen notwendig. Die EU-Institutionen, europäische Nahrungsmittelkonzerne und europäische Konsumentinnen und Konsumenten könnten dabei eine wichtige Rolle spielen.

Weiterführende Informationen:

Anhörung zu Palmöl im Umweltausschuss des EU-Parlaments am 17.3. 2016

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20160310IPR18833/Committee-on-the-Environment-Public-Health-and-Food-Safety>

Antwort zu Parlamentarischer Anfrage zu Palmöl im EU-Parlament Juni 2015

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=WQ&reference=E-2015-010659&format=XML&language=DE>